

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller, Erwin Huber, Joachim Unterländer, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

**Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Brigitte Meyer** und **Fraktion (FDP)**

### **Aktuelle wirtschaftliche Situation in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Beinahe täglich erreichen im Zuge der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise Anfragen betroffener Unternehmen und ihrer Mitarbeiter nach staatlicher Unterstützung die öffentliche Hand. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Bayern zu berichten. Sie soll darlegen, welche Auswirkungen die weltweite Finanzmarktkrise und der globale Konjunkturunbruch auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Freistaat bereits haben und mit welcher weiteren Entwicklung gerechnet wird. Dabei soll die Staatsregierung insbesondere aufzeigen, welche unterstützenden staatlichen Maßnahmen aus rechtlicher Sicht möglich und ordnungspolitisch sinnvoll sind, um die gegenwärtige Krise zu meistern und einen Beitrag zu leisten, dass langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern und seiner Arbeitsplätze gesichert werden können.

### **Begründung:**

Bayern steht bei allen wirtschaftlichen Kennzahlen seit Jahren erfreulich gut da. Doch die weltweite Finanzmarkt- und Konjunkturkrise schlägt auch auf die bayerische Wirtschaft durch. Auch im Freistaat ist die derzeitige Situation in vielen Branchen gekennzeichnet durch massive Nachfrageausfälle, Produktionsdrosselungen und Kurzarbeit sowie drohende Finanzengpässe bei kleinen und mittelständischen Betrieben und verstärkt bei Großunternehmen. Wenn es nicht gelingt, die Krise rasch in den Griff zu bekommen, werden Entlassungen und eine weiter steigende Zahl von Insolvenzen nicht verhindert werden können. Bund und Land sind gefordert, alles daran zu setzen, die konjunkturellen Kräfte zu stärken und Betrieben, die langfristig wettbewerbsfähig sind, infolge der Finanzmarktkrise aber vorübergehend in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und unter Wahrung der ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft unterstützend zur Seite zu stehen.